

Vertragsabschluss im Stillen

Bürgerinitiative gegen Schießanlage fühlt sich übergangen

Forstenrieder Park · Am 13. November wurde der neue Pachtvertrag zwischen den Bayerischen Staatsforsten (BaySF) und dem Verein Hubertus unterzeichnet.

Vor Abschluss des Vertrages war der Informationsfluss für die Bürgerinitiative „Forstenrieder Park ohne Schießanlage e.V.“, die eine von 13.500 Bürgern unterzeichnete Unterschriftenliste aufweisen kann, blockiert gewesen. Die Ängste der Initiative waren, dass die Kompromisslösung umgangen würde und sie keinen Einblick in das Vertragswerk erhalten würden. Zu Gesprächen war Rechtsanwalt Benno Hubertus als Vertreter des Vereins Hubertus e.V. nach Angaben der Bürgerinitiative vor Vertragsabschluss nicht bereit gewesen.

Auch für den Sendlinger Anzeiger war Anwalt Ziegler vor Unterzeichnung des Vertrages nicht erreichbar. Erst im Nachhinein gab er bekannt, dass der neue Pachtvertrag unterzeichnet worden war. Der Vertrag habe eine Laufzeit bis zum 31.12.2047. Die Vertragsfläche umfasse rund 10 Hektar und damit auch einen erweiterten Sicherheitsbereich. Wie in der Präambel niedergelegt, werde besondere Rücksicht auf die Wohnbevölkerung in Forstenried gelegt, um das über Jahrzehnte lang gute Verhältnis

zwischen den Schützen und der Wohnbevölkerung wieder auf eine gute Basis zu stellen. Der Verein Hubertus konzentriere sich jetzt auf das immissionschutzrechtliche Genehmigungsverfahren zur umweltgerechten Sanierung der Schießanlage. Dabei hätte das Wasserwirtschaftsamt laut Angabe der Kanzlei bereits festgestellt, dass vom Betrieb der Schießanlage keinerlei Gefährdung des Grundwassers ausgehe, so Rechtsanwalt Ziegler.

BA 19 nach Vertragsschluss informiert

Der Vorstand des Bezirksausschuss 19 war zwei Tage nach Abschluss des Pachtvertrages vom Verein Hubertus in das Forstamt München eingeladen, um über den neuen Pachtvertrag zu sprechen. Den BA-Vertretern wurde ein Auszug aus dem Vertrag übergeben und erläutert. Der BA-Beschluss vom März 2011 ist nun Anlage des langfristigen Pachtvertrages, und der Ausschuss sieht damit alle Forderungen für ein gut nachbarschaftliches Verhältnis erfüllt. Der BA begrüßt die Zusicherung des Verein Hubertus, die momentanen Schießzeiten nicht ausweiten zu wollen, für einen Umwelt- und angemessenen

Emissionsschutz gegenüber den Anwohnern zu sorgen und die Zusage zur umweltgerechten Sanierung und Vorsorge sowie die zukünftige Beteiligung am immissionschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren. Diese Pachtverlängerung soll dem Verein Planungssicherheit geben, damit der zukünftige Sportbetrieb unter Berücksichtigung der Anwohnerschaft und unter zeitgemäßen Umweltschutzbedingungen ermöglicht wird.

Bürgerinitiative verärgert

Höchst unzufrieden mit dem Ergebnis zeigen sich aber die Vertreter der Bürgerinitiative „Forstenrieder Park ohne Schießanlage e.V.“ (BI). Die Initiative findet die von ihr geforderte langfristige Absicherung der Kompromissvereinbarung zwischen der BI und dem Verein Hubertus im Pachtvertrag nicht ausreichend berücksichtigt. Die BI hatte immer eine langfristige Absicherung gefordert, die verhindern sollte, dass durch Kündigung des Vertrages, Wechsel des Pächters, Verkauf des Grundstückes, Meinungswandel der Vertragspartner etc. die Vereinbarungen wie z.B. die Begrenzung der Schießzeiten außer Kraft gesetzt werden könnten. Die Aufnahme des Kompromis-

ses in den Pachtvertrag, wie er im März 2011 nach einer Einigung zwischen BI und Verein im BA 19 verabschiedet wurde, begrüßt die BI. Sie bewertet die Vertragsformulierungen zwar als gut gemeinte, aber völlig unverbindliche Absichtserklärung.

Forderungen von 13.500 Bürgern nicht ausreichend abgesichert

Die BI ist der Meinung, dass der Pachtvertrag so nicht abgeschlossen und in der Präambel konkret auf die Forderung der BI eingegangen werden sollte. Die BaySF sollten daher die Gespräche darüber mit den Vertretern der 13.500 Bürger wieder aufnehmen. Auch in Zukunft werde die BI weiter daran arbeiten, die langfristige Absicherung zu erzielen und den Kompromiss bei allen zukünftigen Änderungen zu bewahren, so der Vorsitzende der Initiative, Heinz Kuhnert. Eine Pflege guter Beziehungen zu den Bürgern sei für die BI hier nicht zu erkennen. Auch auf Anfrage des Sendlinger Anzeigers beim rechtlichen Vertreter des Vereins Hubertus gab es keine Erklärung dazu, warum die BI nicht in die Gespräche einbezogen wurde.

sta